

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.M. 66, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 282 - 295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Deetla

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftstages 9-5 Uhr  
Verleger: Doernicks-Verlag GmbH.  
Berlin S.M. 66, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2368-2507

## Das Schicksal der Zeppelin-Anlagen.

### Abbruch der Werke vorläufig vertagt.

Paris, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) „Journal“ veröffentlicht in seiner heutigen Frühausgabe und bestätigt damit die bereits von uns gegebene Information, daß die Frage der Niederlegung der Zeppelinhalle in Friedrichshafen vorerst nicht akut werde, da eine französische Gesellschaft die Absicht habe, ein Luftfahrzeug von der Größe des Jockan an Amerika abzuliefern in Deutschland zu bestellen, und begründete Aussicht bestehe, daß Deutschland die Lieferung übernehmen werde. Es bedürfe nur noch der formellen Zustimmung der Reparationskommission. Da der Bau des Luftschiffes etwa zwei Jahre erfordere, so werde die Frage der Zerstörung der Anlagen in Friedrichshafen bis auf weiteres vertagt. Im übrigen, so fährt das Blatt fort, gewinne die Auffassung an Boden, daß die Zeppelinluftschiffe bei ihrer Größe und angelegter der Fortschritt der Technik der Artillerie kaum mehr als Kriegsmittel in Betracht kämen. Die endgültige Entscheidung sei Sache der Interalliierten Obersten Militärkommission, in der Frankreich durch den Marschall Foch und den General Desfleur vertreten sei. Diese, die in erster Linie von der Sorge um die Sicherheit der alliierten Länder geleitet sei, habe jedoch nicht die Absicht, ein Vernichtungswerk anzurufen, das im Grunde vielleicht unnützlich und wirkungslos sei.

## Edener dankt dem Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat von Dr. Edener aus Washington folgendes Dankschreiben erhalten:

„An Reichspräsident Ebert Berlin.“

Für die warmen Begrüßungsworte, welche Sie an mich und die Besatzung zu richten die Güte hatten, sage ich herzlichsten Dank. Ich teile mit Ihnen die Hoffnung, daß die erfolgreiche Fahrt des Z. R. 3 dazu beitragen möge, den Gedanken eines friedlichen Zusammenarbeitens der Völker zu fördern.

Dr. Edener.“

## Um die Aufwertung.

### Formulierungen des Unterausschusses.

Im Unterausschuss des Aufwertungsausschusses machte der Abg. Dr. Emminger (Bayr. Sp.) Vorschläge für die Beantwortung der vom Vollausschuss gestellten Fragen. Mit dem Vorbehalt, daß mangels genügender Unterlagen eine abschließende Prüfung nicht möglich gewesen sei, lauten die Vorschläge im wesentlichen:

1. Eine Verzinsung der Reichs- und Staatsanleihen erscheint möglich, wenn sie sich beschränkt auf selbstgezeichnete, zwangsweise als mündelsichere Anlage erworbene oder infolge langer Befristung ihnen gleichzustellende Stücke. Im übrigen bleibt die spätere gesetzliche Regelung des Zinsdienstes der Reichs- und Staatsanleihen — unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit — vorbehalten. Bezüglich der Gemeindeanleihen soll durch Reichsgebot der allgemeine Aufwertungssatz Geltung bekommen. Die in den Gemeinden vorhandenen Mittel sollen dort zunächst zur Aufwertung der Sparkassen mit dem allgemeinen Aufwertungssatz dienen. Der Zinssatz für aufgewertete Hypotheken soll ab 1. Januar 1925 statt jetzt 2 Proz. 3 Proz. betragen.
2. Eine Erhöhung des Umwertungssatzes für Hypotheken erscheint vorbehaltlich des Härteparagraphe wirtschaftlich tragbar. Dabei werden Schonungsbestimmungen für die von Naturschäden betroffene Landwirtschaft ins Auge gefaßt. Bei noch in Zwangswirtschaft befindlichem Hausbesitz erscheint eine weitgehende Erhöhung nur dann unbedenklich, wenn der Hauseigentümer durch Aufhebung oder Umbau der Mietverhältnisse erhöhte Mietzinseinnahmen bekommt und dadurch abgehalten wird, die Erhöhung auf die Mieten abzumwälzen.
3. Eine Rückwirkung der Aufwertungsbestimmungen erscheint möglich. Die Regierung wird um Auskunft darüber ersucht, inwieweit eine Rückwirkung das Ergebnis der Obligationsteuer in Frage stellt.
4. Den Sparkassen sollen durch Bevorzugung bei den Reichsanleihen, Erhöhung des Aufwertungssatzes und Heranziehung der Garantien Mittel zur Aufwertung in solchem Umfange zufließen, daß sich ihre Aufwertungsquote dem allgemeinen Aufwertungssatz nähert. Solange eine Quote in dieser Höhe bei der Teilungsmasse bei Sparkassen und Hypothekenbanken nicht gesichert ist, sollen mündelsichere Anlagen vor anderen bevorzugt werden.

Die vom Abg. Emminger aufgestellten Leitätze für die Aufwertung von Forderungen bevorrechtigter Gläubiger der Reichs- und Staatsanleihen lauten im wesentlichen: als bevorrechtigt gelten 1. Fürsorgeempfänger im Sinne der Reichsverordnung vom 13. Februar 1923, 2. Selbstzeichner und ihnen gleichzustellende Zeichner, 3. Gläubiger, die nachweisen, daß sie zwecks Aufnahme von Kriegsanleihen sich dinglich belastet haben und mit dieser Belastung der Aufwertung unterliegen, 4. Gläubiger, deren Guthaben auf Grund gesetzlicher Zwangs zur mündelsicheren Anlage gegründet sind und ihnen gleichzustellende Gläubiger, wie Träger der Sozialversicherungen, Sparkassen, Lebensversicherungen usw.

Voraussetzung ist, daß der Gläubiger oder sein Erbläßer Anleihestücke seit dem 31. Dezember 1919 im Besitz hat.

Die Anleihestücke dieser bevorrechtigten Gläubiger sollen in Stücke einer Neuemission mit gleichem Nominalbetrag umgetauscht. Keine Stücke möglichst zusammengelegt werden. Dabei kann das Reich bei Gläubigern mit einem Vermögen von mehr als 20 000 M. einen bestimmten Betrag einbehalten, der mit der Höhe des Vermögens steigt. Bei der Tilgung der Schuld soll Gläubigern mit einem Vermögen bis zu 20 000 M., auch wenn sie Millionen in

Kriegsanleihe angelegt haben, nicht mehr als 100 000 M., bei Vermögen bis 100 000 M. nicht mehr als 80 000 M., bei Vermögen bis zu 500 000 M. nicht mehr als 60 000 M., bei höheren Vermögen nicht mehr als 40 000 M. ausgezahlt werden.

Die Stücke der Neuemission sollen jährlich mit 1/2 Proz. verzinst und durch Auslösung in der Weise zu 20 Proz. des Nominalbetrages in Gold getilgt werden, daß die Tilgung in spätestens 25 Jahren beendet ist. Die kleinen Stücke sollen zuerst ausgelöst werden.

Die Aufbringung der Mittel zur Verzinsung und Tilgung soll erfolgen durch Obligationsteuer, die Steuer auf Rotgoldgewinne, eine Geldwertungssteuer der Gemeinden und das Mehrkommen an Kapitalertragssteuer, das durch die Aufwertung erzielt wird.

Die Aussprache über diesen Aufwertungsplan beschränkte sich zunächst auf eine Reihe von Fragen, die der Antragsteller beantwortete. Eine gründliche Diskussion wurde für die nächste Sitzung am Dienstag vorbehalten.

## Von der politischen Drehbühne.

Die Regisseure der politischen Drehbühne sind noch nicht im klaren, ob sie eine neuersundene Szenerie vorführen oder ob sie ein altes Bild noch einmal heroorordnen sollen. Sie lassen einweilen das Bild von gestern abend unverändert.

Die Abneigung gegen die Auflösung im Kabinett gestern war sehr stark, eine neue Sitzung ist noch nicht anberaumt. Heute mittag erschienen die Vertreter der Volkspartei mit Stresemann an der Spitze beim Reichskanzler.

Nach dem herkömmlichen Krisentheaterprogramm dürfte heute abend wieder ein neues Bild vorgebeugt werden.

## Zwischenspiele.

Die Krise wird weitergeschleppt — ohne Sinn, ohne Ziel, angetrieben immer nur wieder durch den latenten Willen zum Bürgerkrieg bei den Treibern in der Deutschen Volkspartei und im Zentrum. Je länger sie sich hinschleppt, um so größer wird die Anarchie in den Parteien, um so größer die schließliche Verschiebung, um so mehr wachsen persönliche Schiedungen und Angriffe heraus.

Wir verzeichnen: zunehmende Angriffe der Deutschnationalen gegen Marx. Im „Lokal-Anzeiger“ heißt es:

„Es ist an sich ja eine Groteske, wenn just der Mann, in dessen Händen die Bemühungen auf Regierungserweiterung gelegen haben und weiter liegen sollen, ein Gegner der Lösung ist, die herbeigeführt werden muß. Nun, der deutsche Parlamentarismus hat schon allerlei merkwürdige duftende Blüten getrieben. Warum also nicht auch diese?“

Marx — merkwürdig duftende Blüte des deutschen Parlamentarismus nach dem „Lokal-Anzeiger“. Gemeiner kann die Reichspresse nicht gut werden.

An der Spitze des Pressedienstes der Deutschen Volkspartei erschien gestern folgende parteiamtliche Erklärung, die der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei am 10. Oktober dem Reichskanzler abgab:

„Die Erweiterung der Regierung nach rechts sei das einzige Mittel zur Herbeiführung stabiler Regierungsverhältnisse und zur Vermeidung einer im gegenwärtigen Augenblicke besonders unerwünschten Krise. Sollten trotzdem die Fraktionen des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei die gemeinsame Regierungsbildung mit der Deutschnationalen Volkspartei ablehnen, so könne die Deutsche Volkspartei zu ihrem lebhaften Bedauern in Versuchung ihrer seit Jahrzehnten eingetommenen Haltung die bisherige Regierungskoalition nicht mehr fortführen. Ihre Minister könnten demzufolge nicht mehr vor dem Reichstage erscheinen.“

Die Konsequenzen aus dieser Erklärung hat die Deutsche Volkspartei bis zur Stunde noch nicht gezogen.

Bei den Deutschnationalen eröffnet die „Deutsche Zeitung“ eine neue heftige Attacke gegen Hergt:

„Hergt ist auch heute noch Partei- und Fraktionsvorsitzender, obgleich er gehen wollte und sollte, sobald die Frage des Eintritts der Deutschnationalen in die Regierung getaktet sei — obgleich seine Taktik den Mittelparteien immer neue deutschnationale Zustände und den Deutschnationalen nunmehr einen neuen Mißerfolg eingebracht hat — obgleich er mit seinen Methoden erneut schwersten Schiffbruch erlitt — und schließlich: obgleich vielleicht Neuwahlen vor der Tür stehen. Auch innerhalb der Deutschnationalen Partei und Fraktion darf es keine „Zwischenlösung“ mehr geben.“

Bei dieser allgemeinen Verwirrung ist die blasse Furcht vor Neuwahlen und Reichstagsauflösung verständlich. Je mehr aber diese Furcht erdärmlichen und würdelosen Schacher gebiert, um so notwendiger wird die Auflösung!

## Das Kabinett Branting.

### Vorausichtlich rein sozialistische Regierung.

Frankfurt a. M., 17. Oktober. (Mit.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Stockholm berichtet, dürfte das neue Kabinett Branting voraussichtlich nur aus Sozialdemokraten bestehen, da die Freisinnigen kaum genügt sein werden, in die Regierung einzutreten und ein Teil der Sozialdemokraten ein rein sozialistisches Kabinett fordern.

## Liberale und Faschismus.

Rom, im Oktober 1924.

Ohne die Selbstaufgabe der Liberalen hätte es in Italien nie einen Faschismus gegeben. In diesem Sinne ist die in Livorno von dem liberalen Kongress angenommene Haltung von Bedeutung, obwohl man keine entscheidende Schwächung der Regierung von ihr erwarten darf. Es steht nicht bei dem Willen einer Partei, heute politische Macht abzugeben und sie morgen wieder anzutreten. Durch die Selbstaufgabe und den Prinzipienverrat des italienischen Liberalismus hat sich der Faschismus seine heutige Machtstellung schaffen können; es genügt natürlich nicht, daß sich die Liberalen auf sich selbst besinnen, um diese Macht zu brechen.

In Livorno ist die Forderung der bedingungslosen Gefolgschaft der Rechtsliberalen gegenüber der Regierung in der Minderheit geblieben; als Motto dieser Gefolgschaft hat seinerzeit das römische Wählblatt, der „Vocce Giallo“ den Liberalen das Wort in den Mund gelegt: „Spud mir ins Gesicht, das ersischt“. In der Tat hat die Regierung ihren Hilfstruppen ihre Dienststellung nicht leicht gemacht und schließlich dem Organ der Rechtsliberalen, dem „Giornale d'Italia“, die Erklärung ausgenötigt, die liberalen Verbündeten wären keine Kolonialtruppen, wofür dann das Blatt vom faschistischen „Popolo d'Italia“ tüchtig eins auf die Nase bekam. Die bedingungslose Gefolgschaft wäre nichts anderes gewesen als der Selbstmord der Liberalen.

Das angenommene Votum kündigt der Regierung die Mitarbeit der Liberalen nicht auf, ist aber seinem Geist nach durch und durch antifaschistisch. Fordert es doch die Aufhebung der bestehenden Vorherrschaft einer Partei im Staate, die Achtung der Verfassung, die Verteidigung der Institutionen des öffentlichen Rechtes gegen die geschichtswidrige Umgestaltungsmaschine, die Abschaffung der faschistischen Partei- und Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Wiederherstellung der Kommunalverwaltung durch gewählte Verwaltungskörper und die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation. Daß sich aus dem Votum nicht eine entscheidende materielle Schwächung der faschistischen Macht ableiten konnte, lag in der Natur der Sache. Der Rechtsliberalismus ist ein „armer Teufel“, der wenig zu geben und wenig zu nehmen hat. Daß aber der letzte der faschistischen Gefolgschaft heute, wenn nicht der Regierung, so doch den faschistischen Grundbesitzern sagt, das darf man als Symptom nicht unterschätzen, und wenn man dieser Tatsache auch nur die vielleicht allzu enge Bedeutung beimessen wollte, die dem Verlassen eines Schiffes von den Ratten zukommt.

Zu Anfang war das faschistische Ministerium bekanntlich dem Namen nach ein Koalitionskabinett. Es enthielt Kerikale, Liberale und bürgerliche Demokraten, die geduldet waren, solange sie alle faschistischen Sprünge mitmachten. Als die Kerikalen auf ihrem Kongress in Turin gegen die geplante faschistische Wahlreform und für die Beibehaltung des Proporz Stellung nahmen, wurden sie abgedankt. Den bürgerlichen Demokraten geschah ein gleiches, als sie den Anspruch erhoben, in der Liste der Regierungskandidaten bei den Wahlen vom 6. April d. J. als Vertreter ihrer Partei Aufnahme zu finden. Mussolini wollte nicht mit Parteien unterhandeln oder gar partieren; er wollte den einzelnen parteientwurzelten Politiker nach seiner Laune wenden und drehen. So blieben nur noch die Rechtsliberalen, die frühere Fraktion Salandra, mit ihrem gottgegebenen Motto. Sie blieben und leisteten ungläubiges während der fittlichen Revolte, die auf die Ermordung Matteottis folgte. Ging doch ihr Blatt so weit, von diesem Verbrechen als von einer „gasse“ des Faschismus zu sprechen, durch welche Auflassung es seine völlige Entfremdung von dem sittlichen Leben des Volkes an den Tag legte.

Wenn die Liberalen heute den Faschismus verlassen, von dem einer der ihren in Livorno gesagt hat, daß er „ihnen doch die Taschen schützte“, so darf man auch nicht einen Augenblick daran denken, daß sie sich der Opposition, den „Leuten auf dem Aventin“ zu gefellen. Ein solcher Zuzug ist absolut unmöglich. Zweijährige unentwegte Pudelienste mögen die Liberalen zu allem möglichen befähigen, aber nicht dazu, Schulter an Schulter mit der Opposition gegen den Faschismus Stellung zu nehmen. Die Opposition hat sich in anderer Schule zur Einheit zusammengefügt, in einer Schule, die freilich weniger Opfer an Parteiwürde und Prinzipien gefordert hat, aber dafür andere Opfer, von denen die Rechtsliberalen nichts wissen und nach denen ihnen der Sinn nicht steht. An dem Tage, an dem die Befehlsverletzung des faschistischen Regimes in der Ermordung Matteottis ihren schroffsten Ausdruck und ihre Synthese fand, hat sich die Einheitsfront der Opposition geschlossen, geschlossen nicht nur gegen den Faschismus, sondern auch gegen etwaige Nachzügler. Selbst wenn die Rechtsliberalen praktische Konsequenzen aus ihrem Votum ableiten und also ihre beiden Minister, Sarocchi (öffentliche Arbeiten) und Cafati (Unterricht) aus dem Kabinett zurückziehen, so können sie im besten Falle eine Opposition gegen die Regierung bilden, nie aber die Opposition verstärken oder beeinträchtigen.

Aus der Liore des Dieners wirt sich der Rechtsliberalismus sofort in die des Ministeraspiranten. Er kringt sich der Krone als eine mögliche Nachfolge Mussolinis in empfehlende Erinnerung. Die eigentliche Opposition, die wir die „historische Opposition“ nennen möchten, kommt als Nachfolge gar nicht in Betracht. Sie ist eine Einheit, die für die Wiederherstellung

verfassungsmäßigen Lebens in Italien kämpft, als unerläßliche Vorbedingung für das individuelle Parteileben der heute zur Opposition verschmolzenen Parteien. Ihre Einheit hört an dem Tage auf, wo sich in Italien ein öffentliches Leben auf der Grundlage der Geselligkeit und Freiheit verwirklicht; nicht einen Tag früher. Diese Opposition begrüßt die Entscheidung von Livorno mit Freude, aber nur deshalb, weil sie dem zaghaften Staatsoberhaupt die Möglichkeit bietet, sich mit dem Gedanken einer Regierungsbildung vertraut zu machen, die sich von der faschistischen Reaktion sanft zur rechtsliberalen abtönen könnte. Für den Faschismus ist es gleichzeitig ein seelisches Bedürfnis und ein taktischer Kunstgriff, die Dinge so darzustellen, als ob es nach ihm nur noch eine Einstufung geben könne, auf deren Wassern einziger der Weichwasserwedel Don Sturzos und Senze und Hammer von Sozialisten und Kommunisten herumschwimmen. Das Votum von Livorno läßt eine weniger katastrophenhafte Aussicht zu: die Rechtsliberalen sind politische Leisetreter mit Riesenpantoffeln.

Uebrigens geht aus einer Rede, die Mussolini in der konstitutionellen Vereinigung Mailands am Tage der Eröffnung des Kongresses von Livorno gehalten hat, doch mit einiger Deutlichkeit hervor, daß er die Liberalen schon verloren gab. Sonst hätte er wohl die oratorischen Reiterstiefel wenigstens für den Tag abgestreift. Statt dessen verkündet er dem Sinn nach: Man hat euch unter der Fahne der Freiheit in den Kampf geführt, aber das war nur eine Praelerei; was ihr erkämpft habt, ist nur die Pflicht der Unterordnung.

Mussolini hat weiter gesagt, daß die Monarchie nie so angesehen war, wie jetzt. Das ist richtig. Und es ist auch richtig, daß sie dieses ihr Prestige dem Faschismus dankt, aber nicht in dem Sinne, wie es der Heerführer versteht. Die Monarchie ist angesehen, weil das Bürgertum in ihr die Kraft vermutet, das Land vom Faschismus zu erlösen; enttäuscht die Monarchie diesen Glauben, dann treibt sie stromabwärts, mit dem Faschismus...

### „Dolchstoß von hinten“. Auch eine Geschichtsfälschung.

Eine ganz unverschämte Geschichtsfälschung leistet sich der 14. Band von „Bekers Weltgeschichte“, die bei der „Union“ Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart, Berlin, Leipzig, erschienen ist. In diesem Band wird die deutsche Geschichte bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages fortgeführt. Das 25. Kapitel behandelt die Revolution und den Friedensschluß. Es beginnt folgendermaßen:

„In diesem Augenblick brach die deutsche Revolution aus... da glaubten alle die, die fast seit Kriegsbeginn eben diesen Krieg für ihre kommunistischen und sozialistischen Ziele anfänglich erst in geheimen, zuletzt in immer ungeschwiefer austretender revolutionärer Agitation benutzt hatten, jetzt sei die Zeit der Ernte für sie gekommen. Nur durch die Niederlage ihres Vaterlandes konnten sie hoffen, ihr Ziel zu erreichen. Jetzt schien diese Niederlage in greifbarer Nähe gerückt. Man konnte zum letzten Schloße ausbrechen. Die Revolution erst im Innern, dann in der Etappe mußte die Widerstandskraft der Heimat, dann auch an der Front zusammenbrechen lassen. Es war der „Dolchstoß von hinten“.“

So geht es das ganze Kapitel hindurch.

Mit Geschichtsforschung und objektiver Würdigung der Ergebnisse hat diese „Weltgeschichte“ absolut nichts gemein. Es lohnt sich nicht, dieses hanebüchene Nachwerk eines Verlagsunternehmens, das doch einiges Ansehen zu verlieren hat, sachlich zu berichtigen. Wenn sich der Verfasser oder der literarische Ratgeber des Verlages die Mühe gemacht hätten, außer deutsch-nationalen Heftflugblättern auch andere Quellen anzusehen, hätte dieser Mißbrauch der Drucker-Schwärze nicht passieren können. Das ist Geschichtsklitterung überster Art. Einem Verlag, der sich dazu hergibt, unter dem Mantel des Ansehens eines größeren Geschichtswerkes zum Träger absolut verlogener und hegemonischer Agitationspropaganda der Deutschen Monarchisten zu machen, muß man in Zukunft mit allem Mißtrauen begegnen.

## Die Mitsieger.

Von Bruno Frei.

Die Augen der ganzen Welt waren in diesen Tagen auf das wunderbare Schiff gelenkt, das Träume und Märchen der Menschheit verwirklicht, neben den Wundern des Fluges das vielleicht größere Wunder vollbrachte, das tausendfältig zerrissene Bewußtsein der Welt für die kurze Spanne dieser Tage zu einer lebendigen Einheit zu verbinden. Hunderte von Millionen waren es, die den Verlauf dieses Ereignisses nicht nur mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgten, sondern auch mit ihren Wünschen begleiteten, die sich so wunderbarer Weise in ein einheitliches Ziel hinausleiten: Möge doch dieses friedliche Schiff heil an sein Ziel kommen!

liegt nicht hier der Kern des Weltereignisses, liegt nicht hier die Vorahnung einer Menschheit, deren technische Leistung den Flug von Kontinent zu Kontinent als Selbstverständlichkeit ansehen und deren geistige Verfassung die Einheitslichkeit des Willens der Völker gewährleisten wird?

Die Menschheit ist eins und einheitlich, wenn sie eines einheitlich will. In diesen Tagen ereignete sich dieses Wunder.

Das Bewußtsein der Welt spiegelt sich in der Presse. Während die 31 Taphoren durch die Rüste flogen, leisteten zehntausende Journalisten, Funker, Telegraphisten und Stenographen schwere Arbeit. Ununterbrochen strömten die Nachrichten von Bord des Schiffes, und von allen Stationen der Reise nach allen Stationen der Welt: Sinnbild und Inhalt des gespannten Interesses der Massen. Das Publikum, das dem Wesen des Zeitungsdienstes wie ein ahnungsloser Engel gegenübersteht und das Schwerste für selbstverständlich nimmt, weiß auch von diesen „geistig Mitsiegenden“ nichts, weil eine stillschweigende Uebereinkunft es dem Journalisten verbietet, über sich selbst und über seine Arbeit zu sprechen. Ueber den Erzeuger der Nachrichten darf er schreiben, über den Riesenapparat des Nachrichtendienstes nichts. Warum nicht auf diese Arbeit hinweisen? Warum nicht die Leistung anerkennen, daß die Nachricht von der um 3 Uhr 11 Minuten mitteleuropäischer Zeit erfolgten Landung des Schiffes um 3 Uhr vierzig Minuten in den Redaktionen und wenige Minuten später in den Straßen der Stadt bekannt war?

Mittwoch um 3 Uhr 11 Minuten geschah es, daß die Korrespondenten, die Funkbeamten und die Radioapparate zum ersten Male in der Geschichte des Zeitungswesens geschlossen in den Ermüdungsstreit traten. Die Meldung von der Landung war die letzte, die an diesem Nachmittage empfangen und ausgegeben wurde. Nach dreitägiger, schwerer Arbeit stießen die Menschen um, und die Apparate versagten den Dienst.

Dem ging alles wieder seinen gewohnten Gang.

## Bestrafter Beleidiger.

Die Schulkunde des deutsch-nationalen Direktors.

Bielefeld, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Hier hat ein Beleidigungsprozeß gegen den Direktor Bohnenkamp von Minden vor dem großen Schöffengericht als Berufungsverhandlung stattgefunden. Der Angeklagte war von dem Schöffengericht in Minden freigesprochen worden. Gegen das Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, im Juli des vergangenen Jahres anlässlich einer Unterrichtsstunde in einer Klasse der kaufmännischen Fortbildungsschule in Minden den Schülern Schörze über den Reichspräsidenten Ebert und dessen Gemahlin erzählt zu haben, u. a., daß Ebert im Speisewagen eines D-Juges Messer und Gabel falsch gebraucht (!) habe und von dem bedienenden Kellner auf das Unschädliche seines Benehmens aufmerksam gemacht worden sei durch die Bemerkung: „Ezjessenz, es kommt eine Kurose.“ Ferner erzählte er Schörze über einen Schmutz der Frau des Reichspräsidenten. Rechtsanwalt Wolfgang Heine als Vertreter des Klägers kennzeichnet das Benehmen des Angeklagten als einen doppelten Verstoß gegen die Ehre zweier Personen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Strafe von 500 M. wörtl. 50 Tage Gefängnis und Tragung der Kosten. In der Begründung des Urteils wird gesagt, daß die durch die Benehmensaufnahme festgestellten und durch die Zeugen bekräftigten Äußerungen als erwieisen anzusehen seien. In Unbetracht der Persönlichkeit des Angeklagten und des Mißbrauchs seines Amtes, die Schulkunde zu benehmen, das überhaupt des Staates als minderwertig hinzustellen, sei das Gericht über den Antrag des Oberstaatsanwalts (der 300 M. beantragt hatte) hinausgegangen und habe auf die ausgesprochene Geldstrafe erkannt. Der betreffende Direktor Bohnenkamp ist Führer der deutsch-nationalen Bewegung in Minden.

## Stahlhelmkraquel.

Völkisch oder deutsch-national?

Der so überaus unpolitische „Stahlhelm“ macht augenblicklich eine Krise durch, die schlagend beweist, was Geistes Kind dieser „Bund der Frontsoldaten“ ist. Das Rundschreiben der Bundesleitung, in dem gegen Ludendorff mobil gemacht und den nationalsozialistisch gerichteten Mitgliedern mit dem Ausschluss gedroht werde, hat die wackeren Männer des „Stahlhelm“ einigermassen durcheinander gebracht. Die Völkischen und die Aushilfslichen fallen übereinander her und der Bund scheint von einer Spaltung nicht sehr weit entfernt zu sein, wenn man einer Zuschrift in der „Medienburger Warte“ Vertrauen schenken darf. In diesem Schreiben weist ein Stahlhelmer das Rundschreiben der Bundesleitung mit der Begründung zurück, die Bundesleitung wolle damit den Deutsch-nationalen zu Liebe die Gegner des Dawes-Gutachtens innerhalb des Bundes kalt stellen, wie überhaupt die Deutsch-nationale Partei um den maßgebenden Einfluß im Stahlhelm kämpfe. Verbarre die Bundesleitung in ihrer Haltung, dann zerstöre sie den Kern der Organisation. Die Zuschrift schließt mit den Worten:

Der Stahlhelm wird sich selbst den Todesstoß verfehen durch Ausschluß der Besten. Was noch übrig bleiben wird, wird innerlich dem Beispiel der Deutsch-nationalen Volkspartei folgend, auf das Niveau der Gwig-Weichen hinabsinken.

Man darf die Stahlhelmsleute mit ihrem Richtungsstreit unter sich lassen. Festgehalten zu werden verdient aber das Eingeständnis, daß innerhalb der Stahlhelmsorganisation die Nationalsozialistische und die Deutsch-nationale Partei um den ausschlaggebenden Einfluß ringen. Damit wird zugegeben, daß sich der „Stahlhelm“ selbst als der militärische Vortrupp der Monarchisten betrachtet. Er ist mit der bayerischen „Reichsflagge“ auf eine Stufe zu stellen, deren Leitung erst kürzlich die Republik als den inneren Feind bezeichnete.

Die fünf verlorenen Weichfeldörfer, die Polen zugeteilt worden sind, unterstanden bisher formal dem preussischen Amtsgericht Marienwerder. Der polnische Ministerrat hat nunmehr beschlossen, diese Gemeinden der Gerichtsbarkeit des Bezirksgerichts Netze in Pommern zu unterstellen.

## Ein Jubiläum der deutschen Briefmarke.

Am 1. November sind dreieriertel Jahrhundert dahingegangen, seit die erste deutsche Briefmarke ausgegeben wurde. Bayern war der erste deutsche Staat, der diese englische Erfindung übernahm, und diese erste deutsche Marke, „ein Kreuzer Kupfer“, die nur bis 1850 in Kurs blieb, ist heute eine Seltenheit ersten Ranges. Aus Anlaß dieses Briefmarkenjubiläums wird eine Briefmarken-Ausstellung in Berlin stattfinden, die nur deutsche Marken umfaßt. Bayern war auf dem Kontinent nach der Schweiz und Belgien der erste Staat, der die Briefmarken einführt. Aber seit der Ausgabe der ersten Briefmarken in England 1840 durch den Oberpostmeister Rowland Hill hatten bereits andere Staaten sich die neue Erfindung zunutze gemacht. 1843 folgte Brasilien dem englischen Vorbild, 1845 Finnland, 1846 Nordamerika.

Die Erfindung der Briefmarke, die man fälschlich Hill zuschrieb, hat eine lange Vorgeschichte. Bereits in früheren Jahrhunderten hatte man versucht, den Postverkehr auf diese Weise zu vereinfachen. So berichtet der französische Chronist Besson-Fontanier, daß Ludwig XIV. 1653 dem Staatsrat Beloper das Briefselg verleiht, in den verschiedenen Stadtvierteln von Paris Briefkästen anzubringen und die für die Pariser bestimmten Briefe durch Boten gegen eine Gebühr von 1 Sou versenden zu lassen. Wer Briefe ausgab, mußte kleine Blättchen kaufen, die an den Briefen befestigt wurden und den Aufdruck enthielten: „Payés“, bezahlt, samt dem Datum. Diese Neueinrichtung fand aber dann keine weitere Nachahmung, und auch andere derartige Einrichtungen, wie z. B. die Ausgabe von Stempelbogen zur Frankierung von Briefen in Gordinien, fanden keine Verbreitung. 1823 wurde dem Stockholmer Reichsrat ein Plan zur Einführung von Briefmarken unterbreitet; 1835 schlug der Engländer Knight dem Parlament die Einführung gestempelter Briefmarken vor. Hill war daher nicht der Vater dieses Gedankens, aber er hat die Idee zuerst in großem Maßstab praktisch ausgeführt und die Welt recht eigentlich mit ihr beschenkt.

In Preußen wurden die Briefmarken erst 1850 eingeführt, und zwar kam es dabei zu einem amüsanten Zwischenfall. Der Kommissionsrat Bedding erhielt den Auftrag, die Einrichtung in England zu studieren, eine Anzahl Muster von Marken mitzubringen und die erforderlichen Maschinen zur Herstellung zu beschaffen. Nun zeigte die englischen Briefmarken von Anfang an das Bildnis der Königin Viktoria, und es lag daher nahe, für die preussischen Marken das Kopfbild Friedrich Wilhelms IV. zu wählen. Der damalige Generalpostmeister Schmüdert hielt aber diesen Gedanken für höchst unschicklich; er erklärte, es widerstrebe seinem monarchischen Gefühl, das Allerhöchste Bildnis durch Drucker-Schwärze verunzieren und durch Briefstempel „entwerten“ zu lassen. Es wurden daher für die ersten preussischen Marken verschiedene Muster vorgeschlagen, wie heraldische Adler mit einem Posthorn in den Fängen, fliegende Tauben mit ihrem Brief im Schnabel usw. Als der Generalpostmeister diese Muster dem König vorlegte, fragte dieser aber sofort: „Warum ist für die Marken nicht nach dem Vorbild von England mein Bildnis genommen worden?“ Als Schmüdert seine Bedenken geltend machte, unterbrach ihn der König unwillig: „Ach was, dummes Zeug! Wenn die Königin von England

## Der streikende Kriegsgerichtsrat!

Wie dem Recht ein Schnippen geschlagen wurde.

Ein militärgerichtliches Urteil enthüllte die jüngste Sitzung des preussischen Untersuchungs Ausschusses über die politischen Morde. Zur Verhandlung stand der Fall Dünshel. Zwei Berliner Arbeiter D., Vater und Sohn, waren in den Märztagen 1919 von Soldaten des Freikorps Lüchow aus ihrer Wohnung geholt worden, weil bei ihnen der Stiel einer Handgranate gefunden wurde, den der jüngere D. aus der Fabrik mitgenommen hatte, um sich einen Gebrauchsgegenstand daraus anzufertigen. Beide D. wurden dann im Hause der Handwerkerlehre, Andreasstraße, wo der Stab des Freikorps Lüchow lag, erschossen. Obwohl die Täter leicht zu ermitteln gewesen wären, verschleppte sich die Untersuchung des Falles um Monate und Jahre, weil zwei Militärgerichte sich jeweils für unzuständig erklärten und die Akten einander hin- und herüber schickten. Schließlich entschied das Reichsmilitärgericht, daß das Kommandanturgericht Berlin zuständig sei. Dieses erhielt von der Rechtsabteilung des Reichswehrministeriums die Akten zugesandt mit einer scharfen Rüge wegen der bisherigen ganz unnißigen Verschleppung der Sache. Das Reichswehrministerium verlangte größte Beschleunigung, aber das Gegenteil geschah. Der zuständige Kriegsgerichtsrat Rehe stellte „wegen ungerechter Rügeerteilung“ seine Arbeit ein, und die übrigen Kriegsgerichtsräte lehnten in treuer Solidarität eine Uebernahme des Dejnernats Rehe „wegen Ueberarbeit“ ab. So blieb, wie der Berichtsrat, Genosse Kuttner, feststellte, das gesamte Dejnernat Rehe einschließlich des Falles Dünshel bis zum Aufhören der Kriegsgerichte unbarbarisch liegen. Als die Staatsanwaltschaft im Oktober 1920 die Sache in die Hand bekam, konnte sie nur noch feststellen, daß jetzt die Spuren der Tat verwischt seien.

Der Ausschuss beschloß, diesen Fall als Reichsfrage dem Reichswehrministerium zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung zu überweisen.

## Severing in Aachen.

Die Wünsche der bedrängten Westmark.

Aachen, 17. Oktober. (M.B.) Der preussische Minister des Innern Severing stattete gestern vormittag, von Trier kommend, der hiesigen Regierung einen Besuch ab. Es fand eine interne Besprechung in engerer Kreise mit Vertretern der Verwaltung statt. Regierungspräsident Dr. Kumbach, der dem Minister für seinen Besuch danke, hob hervor, durch die heutige Anwesenheit des Ministers trete nach außen die Tatsache in Erscheinung, daß die Trennungslinie, die bisher das besetzte Gebiet vom unbesetzten geschieden habe, gefallen sei. Es gelte, die Staatsautorität wieder aufzurichten und vor allem auch bei der Bevölkerung das Gefühl der Verlässlichkeit, das sie besonders während des Kampfes gehabt habe, zu beseitigen. Der Minister wurde sodann über die besonders bedrängte Lage des in der äußersten Westmark gelegenen Regierungsbezirks unterrichtet. Eingehend wurden auch die ungünstigen Eisenbahnverhältnisse besprochen. Der Minister sagte Anerkennung zu. Er erkannte durchaus an, daß der Regierungsbezirk Aachen wegen seiner politischen Lage auf die besondere Fürsorge der Staatsregierung Anspruch erheben könne. Nach der Besprechung trug eine Abordnung der Beamten verschiedene Wünsche vor. Hierauf begab sich der Minister zum Polizeipräsidenten, wo er von dem Polizeibezirkspräsidenten Dr. Scheuer begrüßt wurde. Der Minister dankte in seiner Antwort den Beamten für ihre musterhafte Haltung in den vergangenen schweren Jahren. Die Rückreise des Ministers wird voraussichtlich heute abend erfolgen.

## Die Räumung Dortmunds.

Hagen, 17. Oktober. (M.B.) Von zuständiger Seite erfahren wir zur Räumung der Dortmund-Zone: die Räumungszone erstreckt sich bis zum Schnittpunkt der nördlichen Grenze des Landkreises Hagen, dieser folgend bis zur Ruhr, später dürfte Lütgendorfm und geräumt werden, dagegen bleiben die zum Landkreis Hagen gehörenden Städte Herdecke und Wetter auch weiterhin besetzt.

feinen Anstoß daran nimmt, daß ihr Bildnis auf Millionen Briefen mit Drucker-Schwärze besudelt und wie Sie sich ausdrücken — entwertet wird, so kann das auch meiner königlichen Würde nichts schaden.“ Die am 15. November 1850 eingeführten preussischen Postfreimarken trugen daher das Kopfbild Friedrich Wilhelms IV. Erst nach dem Regierungsantritt Wilhelms I. wurden die Marken ausschließlich mit dem Wappenodder versehen.

Oeffentliche Schlafhallen. Während in der Hygiene des Körpers in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte gemacht worden sind, hat man sich mit der psychischen Hygiene bisher noch wenig beschäftigt. Einer der ersten Vorkämpfer auf diesem Gebiet, der Giechener Psychiater Sommer, weist in der „Klinischen Wochenschrift“ darauf hin, daß man jetzt in anderen Ländern, besonders in Nordamerika und Frankreich, der psychischen Hygiene große Aufmerksamkeit zuwendet. Sommer hat bereits im Jahre 1901 betont, daß man dem Geist und den Nerven nicht nur bei Kranken, sondern auch bei gesunden Menschen eine besondere Pflege angedeihen lassen müsse. Um nervösen Uebermüdungen vorzubeugen, die den Menschen plötzlich überfallen und deren gewaltsame Ueberwindung sehr schädlich ist, schlug er vor, öffentliche Schlaf- und Ruhehallen einzurichten, in denen der Ermüdete sofort Erholung finden kann. Dieser Gedanke wurde zum erstenmal 1911 auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden verwirklicht. Die in dem Ausstellungspalast eingerichtete Schlaf- und Ruhehalle wurde viel benutzt. Das einstöckige Gebäude umfaßte zwei Hallen mit bequemen Ruhelagern und Zubehör sowie einer Anzahl kleinerer Räume, in denen Ruhebetten vorhanden waren. Die Plätze wurden für 1 bis 2 Stunden vergeben. Die Einrichtung hat viele Besucher der Ausstellung vor Uebermüdung geschützt und sie neu gestärkt. Eine Einführung dieser segensreichen Einrichtung in den größeren Städten ließ sich aber bisher nicht durchsetzen. Zweifellos würde die geistige Gesundheit des Großstädters, dessen Nerven im täglichen Leben so großen Anforderungen ausgesetzt sind, dadurch gewinnen, wenn ihm hier und da auch solche „geistigen Bedürfnisanstalten“ geboten würden, in denen er eine kurze Zeit der seelischen Ruhe und Entspannung pflegen könnte.

Vorträge. Prof. Frid Bräggemann spricht in der literarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins Sonnabend, abends 8 Uhr, im Königsbühlchen des Volkshauses, Alsbetstr. 57, über: „Der Kampf um die bürgerliche Welt- und Lebensanschauung in der Literatur des 18. Jahrhunderts.“ — Dr. Hans W. Fischer hält auf Einladung der Volksbühne Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, im Bürgerhaus des Rathauses seinen Vortrag: „Von Goethe zur modernen Bühnenkunst.“ Einlaßkarten zum Preise von 50 Pf. am Sonntagabend finden auch noch Sonnabend und Sonntag statt.

Der Maler Hans Schadow ist, 62 Jahre alt, in Bad Driburg gestorben. Als Vortragsredner war er bei den Hagen sehr in Mode; er hat die meisten Hälften und viele berühmte Zeitgenossen gemalt.

Die Beerdigung Anatole Frances findet Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, im Genenmarkt des Präsidenten der Republik und sämtlicher Minister statt. Die Minister haben für diesen Tag jede Teilnahme an irgendeiner Veranstaltung abgelaßt, um vollständig bei der Trauerfeier vertreten zu sein. Auch der ehemalige Ministerpräsident Galsung wird daran teilnehmen.

## S. M. das Kind.

Sadie Coogan, in Berlin als „My Boy“, „The Kid“, „Zirkuskind“ und aus anderen Filmen wohlbekannt und mit Recht beliebt, ist nun in höchst eigener Person auch in Berlin angelangt. Leider hat auch Berlin aus diesem Ereignis, das sich heute morgen um 9 Uhr am Anhalter Bahnhof abspielte, das gemacht, was der geschäftstüchtige Manager dieses Kindes und der reklameputzende Film ein großes und Berlin versprochen hatten. Was sich auf dem Bahnhofsplatz und vor dem Bahnhof abspielte, war mehr Tragikomödie, Satire, Groteske, ja Tragödie, als Schauspiel. Das Bombenkapital in Gestalt eines kleinen, übernächtigen, etwas blaffen, stereotyp lächelnden Jungen wurde mit entsprechendem Rummel beschäftigt. (Die Filmpresse wird sagen: gefeiert!) Die Dollarfabrik, in einem Kinde verkörpert, das Millionen verdient und Papa und Mama Hunderttausende Taschengeld gibt, das eine Jose, einen Behrer, einen Sekretär und sonstiges Gevölk hat und im Luxushotel Adlon eine Zimmerstadt bewohnt, als Rententitel!

Aus auf dem Bahnhofsplatz, auf dem sich Film- und Presseleute, Rintopplasterburschen und Kameracrobolen, Filmkonzernier und zukünftige Ladies, hysterische Abonnement der diversen Rintöpfe bis zur älteren Jungfrau drängten, als der Wiener Zug ankam und Papa Coogan, der Jeschißpapa, den kleinen Boy, der Winte-Winte machen mußte, zum D-Jugenscher heraufstieß, gingen meine Ladetappen in die Brüche. Eine Jungfrau mit Kubtopf hatte sich auf ihnen erhöht. Als Jacke, um dem Gebränge zu entweichen (ein Massenauflauf zum Schupo betätigte sich! Zuführer! Schaffner und Reisende brüllten!), hinten herum herausgetragen wurde, setzte ein Rennen im Befestigungstempo zum Portal ein, wo man gerade Sadie verlor. Um ihn herum ein Kranz von Kurbelkästen und Kameras, ein rücksichtsloser Menschenschwamm, der sich um das Auto stieß und jankte, in dem der bestrebt, amerikangewicht lächelnde Vater mit seinem Kapitäl sah. Erst ein Schupokranz, der Gummirollen in der Hand hielt und mit dem langsam sich verabschiedenden Auto sich durchkämpfte, befreite S. M. das Kind, das unter Geheul hysterischer Weiber und verständnislosem Zwinkern der Filmleute ins Adlon abrollte —

Sadie, über den ich so oft und so herzlich gelacht habe, hat mir leid getan. Am liebsten hätte ich geheult; denn was ich erlebt hatte, war „Kindermißhandlung“. Mißhandlung, von der Reklameputze inszeniert und vom geschäftstüchtigen Papa arrangiert! Und nicht zum mindesten Herabwürdigung der anderen! Es war Klammal und Rummel!

## Sühne für eine Bluttat.

### Ein französischer Defecteur zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Dem Schwurgericht des Landgerichts I wurde heute früh der von den französischen Besatzungstruppen dekretierte Nigrierer Ali Bizet vorgeführt, um sich wegen vorläufiger Lösung der Ehefrau Kischilewski, geborene Bartel, zu verantworten. Die Bluttat, die in dem Hause Friedrichsberger Straße 9 am 18. Mai d. J. erfolgt ist, hat seinerzeit durch die Person des Täters und die Ausführung der Tat großes Aufsehen erregt.

Der Angeklagte, der auf die Frage von Landgerichtsdirektor Schimmler, ob er deutsch verstehe, antwortet „Nix viel deutsch!“, und der sich auch nur mit Hilfe eines Dolmetschers mit arabischen Lauten, durchmischt von französischen, mit dem Gericht verständigen kann, gibt zu, die Frau Kischilewski in jener Nacht ermordet zu haben. Er ist der Sohn einer Araberin und eines Türken, jetzt 27 Jahre alt, und wurde, wie er angibt, von den Franzosen gewaltsam aus dem Beduinentaler geholt. Vier Jahre war er Marinesoldat im Kriege, wurde 1919 entlassen und hat in Frankreich dann in Fabriken gearbeitet. Von den Franzosen will er schlecht behandelt worden sein und ist deshalb im Januar 1924 desertiert. Aus dem Interniertenlager in Magdeburg wurde er am 11. Mai entlassen und wanderte mit seinem Stammesgenossen und Freund Achmed zu Fuß bettelnd nach Berlin, um hier Arbeit zu suchen.

Am 17. Mai kam er in Berlin an, trennte sich von seinem Freunde und suchte in der Nacht ein Unterkommen in der Nähe des Schlesischen Bahnhofes. Hierbei stieß er auf die unter Kontrolle stehende Kischilewski und ging mit ihr in ihre Wohnung. Nach seiner Behauptung hat die Kischilewski von ihm drei Mark verlangt. Er habe aber nur 1,50 M. gehabt und sie ihr gegeben. Das sei der Frau zu wenig gewesen und sie habe ihn hinausgewiesen. Als er das Geld zurückverlangte, hätte sie ihn vor die Brust gestochen. Da sei er in Wut geraten, habe sie an der Kehle gepackt und diese mehrere Minuten lang zugedrückt. Seine Wut sei bei ihr gewesen, sie am weiteren Schreien zu hindern. Er bestreift aber, daß er die Kischilewski vorläufig und mit Ueberlegung getötet habe. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags zu 6 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust.

### Festnahme eines 16jährigen Straßenträbers.

Auf dem Flur des Hauses Georgenkirchstraße 46 wurde heute früh gegen 5 Uhr die 75 Jahre alte Händlerin Charlotte Häbner durch den 16 Jahre alten Fritz Walter aus der Hofstraßenstraße 23 von hinten überfallen und zu Boden gerissen. Bei dem Versuch, ihr das Geld, welches sie bei sich hatte, zu entreißen, schrie die Greisin um Hilfe, worauf der Täter die Flucht ergriff. Er kletterte vom Hofe aus über die Mauer und kletterte nach dem Nebengebäude. Hausbewohner verfolgten ihn und schließlich gelang es dem inzwischen alarmierten Ueberfallkommando, den Burschen, der sich verstaubt hatte, aufzufinden und festzunehmen. Er gestand, die Absicht eines Raubüberfalls gehabt zu haben, den er mit einem Komplizen ausführen wollte, der aber inzwischen die Flucht ergriffen hatte und entkommen war.

### Ein Hund, der sich nicht schlagen ließ.

Am Donnerstag vormittag gegen 9 Uhr wurde der 14jährige Eric Paulskat aus der Eberthstr. 4 in der Thorner Straße von dem Schäferhund seines Vaters, den er ohne Maulkorb an der Leine führte, mehrmals gebissen. Darauf lockte der Produktenhändler Robert Meyen den Hund in seine Wohnung im Hauke Thorner Str. 6, wo auch er von dem Tier gebissen wurde. Dann ließ der Hund, dem der Scham vor dem Maul stand, auf die Straße, wo er von dem zufällig vorbeigehenden Kriminalkommissar B. aus Deutsch angeschlossen wurde. Ein Polizeiwachmeister tötete ihn durch einen Kopfschuß. Man brachte den Kadaver zur Sammelstelle des Magistrats, doch dürfte nach den bisherigen Feststellungen kein neuer Tollwutfall vorliegen. Die sich herausstellte, hatte der Anabe den gut dressierten Hund mit einem Stock geschlagen.

### „Tiefen der Seele“.

Die „Gesellschaft für Geschlechtskunde e. V.“, deren Haupttätigkeit in modern-fachlicher sexueller Aufklärung der Massen besteht, führte unter obigem Titel einen Film vor über Hypnose und Suggestion. Wehr denn je ist heute Aufklärung über diese so lebhaft diskutierten Probleme notwendig, da überall Halbwissen theoretisch und Kurpfuscher praktisch erhebliches Unheil bereits angerichtet haben. Über Wissenschaft wird selbst in den überhaaupt möglichen Massen nur dort polstündlich vorgeführt, wo sie leichtverständlich und doch nicht oberflächlich vorgeführt wird. Insofern ist der Film „Tiefen der Seele“ ein Musterbeispiel in filmtechnischer und filmpädagogischer Beziehung. Er gibt eine Einführung in die Probleme des Bewußtsein und Unbewußten und ihrer Beziehungen untereinander. So sachliche und erste Begleitworte, wie die aus dem Munde Dr. med. Poewensteins, sollen bei derartigen Vor-

führungen niemals fehlen. Der Referent sprach über die verschiedensten Beziehungen zwischen Suggestion und Verbrechen, indem er darauf hinwies, daß beabsichtigte suggestiver Wirkungen nur dann eintreten, wenn bei dem behandelten Medium bereits ein Anlekt (kriminelle Anlage, die z. B. schon durch Alkoholismus vorhanden sein kann) existiert. Vor allen Dingen warnte er aber mit vollem Recht vor dem beliebigen Spielen mit Hypnose und Suggestion, da gefährliche Nachwirkungen erfahrungsgemäß schnell und oft eintreten.

### Ehrenamtlich tätige Stadträte.

Als bei Schaffung von Groß-Berlin die Frage erörtert wurde, ob in diesem einzig dastehenden Gemeinwesen nach bisherigem Muster auch Bürger als unbefohlene Stadträte ehrenamtlich tätig sein sollten, fand unsere Fraktion einmütig auf dem Standpunkt, das ginge bei dem außerordentlichen Umfang der Geschäfte nicht an, hier verlange ein Stadtratposten die ungeschwächte Arbeitkraft und Hingabe an das Amt. Anfangs wurde diese Auffassung allgemein geteilt, und in dem Gesuchentwurf für Groß-Berlin wurden keine unbefohlenen Stadträte vorgekehrt. Aber bald stieg beim Bürgertum die Rücksicht auf parteipolitische Interessen über die sachlichen Gründe, und es wurde auch für Groß-Berlin die Einrichtung der ehrenamtlich tätigen Stadträte geschaffen, die nach dem Verhältniswahlsystem von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen sind, so daß beim Auscheiden eines solchen Stadtrats sofort ein anderer auf derselben Liste stehender nachrückt.

Wie sieht es nun in der Praxis mit dem ehrenamtlich tätigen Stadtrat aus? Fast durchweg, namentlich soweit die bürgerlichen Parteien in Betracht kommen sind Beamte mit diesem Ehrenamt betraut worden, die das Gehalt ihres Amtes beziehen, irgendeine Tätigkeit in ihrem Amt aber nicht ausüben. Besonders skandalös ist der Fall des vollparteilichen Stadtrats Benedek. Es ist selbstverständlich, daß Beamte von Ehrenämtern nicht ausgeschlossen werden dürfen und in ihrem Amt entlastet werden müssen, wenn sie durch das Vertrauen ihrer Mitbürger und engeren Parteigenossen zu ehrenamtlicher Tätigkeit, sei es als Stadtverordnete, sei es als Stadträte, berufen werden. Das geschieht, seit Preußen Republik ist, auch durchweg. Ueberall tritt eine Freistellung in ihrem Amt ein, die es ihnen ermöglicht, das Ehrenamt auszuüben. Aber zu dem Begriff des Ehrenamtes gehört, daß es die ganze Kraft und Tätigkeit der Person nicht in Anspruch nimmt. Herr Benedek ist aber von seinem Amt als Studienrat völlig beurlaubt, damit er keine ganze Kraft dem „Ehrenamt“ widmen kann. Das von einem Mitglied der Volkspartei geleitete Unterrichtsministerium sagt zu diesem Mißbrauch nichts — soll er doch dazu dienen, die von der Volkspartei so laut behauptete Entbehrlichkeit eines befohlenen Stadtratspostens zu beweisen, wenigstens so lange als ein Sozialdemokrat diese Stelle inne hat.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Der Vormarsch der SPD. Am Montag hat die SPD. am Bahnhof Johannisthal mit 4 Mann hoch Handzettel zu einer öffentlichen Betriebsversammlung verteilt. In Johannisthal sind mindestens 3000 Mann beschäftigt. Außerdem waren sämtliche Hausfrauen von Johannisthal eingeladen, auch einige tausend. Erschienen waren zu der Versammlung, trotzdem Johannisthal eine Hochburg der SPD ist, ganze 35 Mann, so daß die mit allem Tamtam einberufene Versammlung nach einigen trübsten Worten des Obmanns der „Kombi-Verke“ geschlossen werden mußte. So sieht die „Mehrdheit des Proletariats“ aus, die angeblich hinter der SPD. „marschiert“!

„Reklamehalber gratis.“ Zu der in Nr. 482 gebrachten Mitteilung über die eigenartigen Billeterreservatseine, die als von der Direktion des „Dramatischen Theaters“ herührend „reklamehalber gratis“ verteilt worden waren, schreibt uns die Direktion: „Der Vorstand dieser Seiner in gegen den Willen des Direktors und ohne sein Vorwissen erfolgt. Der eigenmächtig handelnde Angestellte, der die Gutheißenen außerhalb des Theaters herstellte und verteilte, ist bis zur endgültigen Klärung des Falles seines Postens enthoben.“ — Hoffentlich erfahren wir das Ergebnis der Klärung dieses sonderbaren Vorkommnisses.

Dannerweihe im Berliner Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Die Kameradschaft Lichtenberg (17. Bezirk) begeht am Sonnabend, 18. Oktober, ihre Dannerweihe. Die Beherde wird Kamerad Volzki-Oberst Dr. Schöninger halten. Die Veranstaltung findet um 6 Uhr im Schützenhaus, Kaulsdorf, Pellerdorfer Straße, statt. — Die Feier wird von Vertretern des Männer-Gesangsvereins „Freiheit“ und durch Konzerte umrahmt und verschönt. Außerdem finden Rezitationen, Theateraufführungen und Radfahrer-Reisen des Vereins „Solidarität“ statt. — Den Abend beschließt ein gemühtliches Beisammensein aller anwesenden Republikaner.

Beratungsstelle für Geschlechtskunde. Die Sprechstunden finden im Charlottenburger Krankenhaus, Rixstr. 19/20, losobal für Männer wie für Frauen (nach Geschlechtern getrennt) Montags und Donnerstags von 8-9 Uhr abends und Mittwochs und Sonnabends von 12-1 Uhr mittags statt. Beratungsbedürftige werden unentgeltlich untersucht und beraten. Nennung des Namens nicht erforderlich. Eine Behandlung findet in der Beratungsstelle selbst nicht statt.

Unfall im Raubtierkäfig. In der letzten Abendvorstellung des Zirkus Krone wurde der Dompteur Helios, der in Berlin auch bekannt geworden ist und der in Frankfurt eine Gruppe von 8 Löwen und 4 Tigern vorführte, von der Tigerin „Cecilia“, einem äußerst nervösen Tier, bei der Ausführung des Kopfsprunges durch einen wuchtigen Brankenstich im Gesicht schwer verletzt. Der Zirkusarzt leistete die erste Hilfe. Der Zustand ist jedoch beforgniserregend.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind  
Berlin S. W. 68, Lindenstraße 2.

Stets an das Bezirkssekretariat,  
2. Hof 2. Trepp. rechts, zu richten.

103. Abt. Oberhähnchen. Die Genossen werden aufgefordert, sich zur Beerdigung der Genossin Hedde Sonnabend, 5. Uhr, am Rixstr. einzufinden.  
119. Abt. Lichtenberg. Wichtige Funktionärskonferenz bei Gleich, Rixstr. 19/20, Ecke Müllerdorferstraße.

### Sport.

#### Jiu-Jitsu.

Am Donnerstag fanden in den Germania-Sälen Jiu-Jitsu-Kämpfe statt. Der Vorsitzende der veranstaltenden Vereinigung Berliner Jiu-Jitsu-Kämpfer Glasenapp, führte in einem Vortrag die zahlreich erschienenen Zuschauer in das Wesen der japanischen Kämpfe ein. Ziel dieser Kampfsportart sei, den Sport, wie er augenblicklich in Japan getrieben werde, auszubilden. Es komme darauf an, den Gegner hilflos zu machen, aber nicht, ihm zu schaden. Diese Kunst wird mit dem Namen Jiu-do bezeichnet. Aus dem Vortrag konnte man entnehmen, daß Jiu-Jitsu keine leichte Kunst ist. Man braucht ungefähr 1500 Griffe, und die Japaner gebrauchen ungefähr 3-5 Jahre, um diesen Sport zu beherrschen. Dem Vortrag wohnte auch der japanische Meister Dr. Dezughi von der japanischen Botschaft bei.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Wir verweisen auf unsere heutige Anzeige der altbekannten Herren- und Damen-Bekleidungs-Firma S. Joseph, worin dieselbe wieder ganz außerordentlich billige Angebote in ihrem „S-Mellane-Lagerverkauf“ für Herbst und Winter bringt. Es empfiehlt sich vielfach, davon Gebrauch zu machen und seinen Bedarf zu decken.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Lüge als Kampfmittel.

Die um die Einheitsfront der Gewerkschaften als Spielball der kommunistischen Partei so sehr besorgten Weltrevolutionärstrategen sind eifrig bemüht, das Fünflinien, das sie im Ortsausschuß Gotha des ADGB. gelegt haben, mit ihrem großen Waschbecken zum Feuerstein zu machen. Der Bundesvorstand des ADGB. sah sich infolge der Befürwortung kommunistischer Parolen durch seinen Ortsausschuß in Gotha veranlaßt, diesen auf die Bundesjahrgänge hinzuweisen. Die „großzügige“ SPD. fragt zwar nichts nach diesen Sätzen, allein die Ortsausschüsse des ADGB. müssen sich nach diesen Sätzen richten.

In der kommunistischen Partei werden Mitglieder, die gegen Sätze, Beschlüsse oder Parolen, einfach als Nichtbolschewisten erklärt und ausgeschlossen. Wenn aber aus einer Gewerkschaft ein kommunistischer Parteitag ausgeschlossen werden muß, weil er gegen die Beschlüsse verstößt, die kommunistischen Parteiparolen befolgt im Gegensatz zur Gewerkschaftstätigkeit und zum Nachteil derselben, dann schreiben sämtliche „Rote Fahnen“ über eine solche Zerstückelung der Einheitsfront — durch die Gewerkschaften. Aus Anlaß des Schreibens des ADGB. an seinen unmöglichen Gothaer Ortsausschuß, der dieses Schreiben der SPD-Zentrale zum Abdruck und zur Ausschaltung überwiefen hat, sucht die „Rote Fahne“ den Vorstand des ADGB. in der bei ihr üblichen niederträchtigen und verlogenen Art herunterzureißen. Sie kommt zu dem Schluß:

„Der Kampf innerhalb der Gewerkschaften für eine revolutionäre Taktik (das heißt für die erbärmliche Purischtaktik der SPD. u. d. V.) muß noch besser und gründlicher organisiert werden als bisher.“

In ihrer ohnmächtigen Wut darüber, daß die freien Gewerkschaften es entschieden ablehnen, sich in den Dienst der russischen Außerpolitik zu stellen und nach der Pfeife irgendwelcher Moskauer Stipendiaten zu tanzen, läßt die „Rote Fahne“ in ihrer niedrigen Hebe gegen die Gewerkschaften alle Mienen springen. Da sie die Lüge als Kampfmittel benützt, ist mit ihr nicht zu streiten.

Die SPD. entpuppt sich immer mehr als schlimmster Feind unserer Gewerkschaften und zwingt sie, alles daranzusetzen, um der kommunistischen Brunnenergichtung zu steuern.

### Tariffündigung der Reichs- und Staatsarbeiter.

Vom Deutschen Verkehrsband wird mitgeteilt, daß er die Lohnsätze für die Arbeiter der Deutschen Reichspost, für die Arbeiter der Reichswasserbauverwaltung und die für die Reichsbetriebs- und Verwaltungsarbeiter zum 31. Oktober gekündigt hat.

Die zuständigen Ministerien sind um umgehende Verhandlungsaufnahme ersucht worden. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird nach erfolgtem Abschluß berichtet werden.

### Der Umfang der Zechenstilllegungen.

Bochum, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die B. V. verbreitet eine offiziöse Meldung, in der es heißt, daß der Abgeordnete Hufemann in seiner Rede im Landtag die Zechenstilllegungen stark übertrieben hat. Die Belegschaft der stillgelegten Zechen betrage längst nicht 8182 Mann. Von neun Anlagen, die schon im Oktober 1923 stillgelegt worden seien, hätten die Leute zweifellos schon wieder andere Beschäftigung angenommen. Von denen, die im Kriege schon in Förderung gestanden, seien insgesamt 15 mit 3983 Mann Belegschaft stillgelegt worden.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Angaben Hufemanns richtig sind. Von den im Oktober v. J. entlassenen Bergarbeitern ist noch ein erheblicher Teil arbeitslos. Die Zahl der schon vor dem Kriege in Förderung befindlichen Zechen, die stillgelegt worden sind, beträgt nicht 15 mit einer Belegschaft von 3983, sondern 18 mit einer Belegschaft von 7753 Mann. Hierin sind einbezogen die Zechen Wiendahlbank, Hamburg und Franziskus-Liefbau, die von den Behörden nicht als stillgelegt betrachtet werden, weil die Wasserhaltung in Betrieb gehalten wird. Daraus ergibt sich wohl auch die Differenz. Die Belegschaften dieser drei Zechen sind aber vollständig entlassen. Diese Betriebe müssen deshalb als stillgelegt mitingerechnet werden.

### Zrige Auslegung des Betriebsrätegesetzes.

Die Baufirma Grändorff u. Schulz hatte einen Maurer, der Baulegitimer, also Mitglied des Betriebsrats war, ohne Zustimmung des Betriebsrats entlassen. Der Entlassene klagte bei der Kammer 4 des Gewerbegerichts Berlin (Vorsitzender Magistratsrat Dr. Rindenthal) seine Entlassung als gegen das Betriebsrätegesetz verstößend an und beantragte Zahlung des Lohnes vom Entlassungstage, dem 25. August bis zum 6. September. Die beklagte Firma wandte dagegen ein, zur Zeit der Entlassung des Klägers seien außer zwei Söhnen des Beklagten Grändorff noch fünf Maurer auf der Baustelle tätig gewesen, von denen am 25. August noch zwei weitere entlassen worden seien. Die übrigen noch auf der Baustelle verbliebenen Arbeitnehmer seien nicht Maurer, sondern Buhler gewesen, die einen eigenen Baubetrieb gehabt hätten. Die Arbeit der Maurer sei also am Tage der Entlassung des Klägers dem Ende nahe gewesen, sein Amt als Delegierter sei damit nach den tariflichen Bestimmungen erloschen.

Das Gericht wies die Klage ab mit folgender Begründung: „Nach § 7 Ziffer 8 des Reichstatts für das Bauergewerbe erlischt das Amt des Baulegitimeren ohne weiteres, wenn die Arbeit seiner Berufsgruppe dem Ende nahe ist. Auf der fraglichen Baustelle waren den Sommer über durchschnittlich 28 bis 30 Maurer beschäftigt gewesen. Am 23. August, dem Tage der Entlassung des Klägers, waren außer den beiden Söhnen des Inhabers der Baustelle nur noch 5 Maurer und am 25. August sogar nur noch 3 Maurer auf der Baustelle beschäftigt. Aus dieser Tatsache geht nach Ansicht des Gerichts zweifellos hervor, daß die Arbeit der Berufsgruppe der Maurer, deren Delegierter der Kläger war, hier tatsächlich dem Ende nahe war. Damit war aber das Amt des Klägers als Baulegitimer erloschen und es ist hierfür unerheblich, daß noch eine größere Anzahl Buhler, die unstreitig einen eigenen Baubetrieb hatten, auf der Baustelle verblieben. Der Klage konnte also aus diesen Gründen nicht stattgegeben werden.“

Dies Urteil muß als ein Fehlurteil angesehen werden.

1. Ein wichtiger Grund zur fristlosen Entlassung lag nicht vor.
2. Die Zustimmung der übrigen Mitglieder der Betriebsvertretung zur Entlassung des Klägers war nicht eingeholt und nicht gegeben.
3. Die Belegschaft betrug über 20 Mann, die Betriebsvertretung 3 Mann. Die gesetzlich und tariflich zulässige Zahl konnte infolgedessen nicht vermindert werden. Die Begründung, daß die Arbeit der Gruppe der Maurer, welcher der Kläger angehörte, dem Ende nahe war und deswegen die Entlassung erfolgen durfte, ist irrig und abwegig. Wohl sollen bei der Wahl alle Gruppen möglichst berücksichtigt werden; aber zwingendes, unabänderliches Recht ist es, daß die Betriebsvertretung von 20 Arbeitnehmern aufwärts 3 Mann betragen muß. Und wo nicht es geschrieen, daß man der kleinsten Gruppe den Vertreter nehmen kann, wenn die gesetzlich zulässige Zahl vorhanden ist. Diese Urteilsentscheidung könnte die Konsequenz nach sich ziehen, daß, wenn ein Arbeitnehmer wegen ungerechtfertigter Entlassung, geklagt auf § 84 des BRG. beim Betriebsrat Einspruch einlegen wollte.

...dieselbe Kammer dann im Fall einer Klage bei Prüfung der Formvorschriften erklären müßte: „Der sonst richtig eingelegte Einspruch ist formell rechtsunwirksam, da keine ordnungsmäßige, vollständige Betriebsvertretung vorhanden ist. Die beiden Bevollmächtigten können nur als Betriebsobleute angesehen werden.“ Die Kammer würde sich dann mit diesem Urteil selbst in eine unhaltbare Lage bringen, da sie ja durch ihr Urteil die ordnungsmäßige Betriebsvertretung in eine unvollkommene und daher rechtsunwirksame verwandelt hätte. Leider ist hier kein Rechtsmittel gegeben, um diese verfehlte Klagelegung des BRB zu korrigieren. Der abgewiesene Kläger und die entrechteten Arbeitnehmer sind die Leidtragenden.

**Der Streik in Greiz beendet.**

Der Streik in den Städtischen Gas- und Wasserwerken ist beendet. In Weimar ist es zu einer Einigung gekommen auf der Basis von 6 Pf. Zulage je Stunde; gefordert waren 10 Pf. Ferner wird ein Wirtschaftsausgleich von 10 und 5 Mark gewährt. Durch diesen Weimarer Beschluß ist auch der Streik in weiteren 18 bestrittenen Thüringer Ortschaften beendet.

**Racheakt der belgischen Grubenbarone.**

Die Bergarbeiter der Borinage haben die Arbeit wieder aufgenommen, soweit es noch nicht geschehen war, doch haben die Arbeitgeber einen großen Teil der Führer des Streiks ausgesperrt.

Trotzdem die Unternehmer mit ihrem Sieg, einer Lohnkürzung um acht Prozent anstatt um zehn Prozent, zufrieden sein könnten, haben sie ihr Racheakt an ihnen, indem sie „zur Abschreckung“ die Führer „auf der Straße“ lassen. Nach Auffassung der Grubenarbeiter magen die Bergleute nur den Lohnabzug von 10 Proz. widerstandslos gefallen lassen. Weil sie sich dagegen wehrten, müssen „Exempel statuiert“ werden, nachdem sie vom stärksten Bundesgenossen des Unternehmertums, dem Hunger, befreit waren. Die Führer sollen nun einer weiteren Hungertur unterworfen werden. Für die Arbeitnehmerschaft, nicht nur für die Bergarbeiter im Borinage, ergibt sich auch aus diesem Kampfe die Lehre, alles daran zu setzen, um bei ihren Kämpfen den Hunger auszuschalten, durch genossenschaftliche Ergänzung ihrer Organisation.

**Hosen-Änders**  
Brennschraube 25

**Bären-Stiefel**  
auf  
**Teilzahlung**

für Angestellte, Beamte usw. in ungekündigter Stellung. Preise der Stiefel sind genau so günstig wie bei Barzahlung.

**Hans Bähr, Spittelmarkt 7** (vor der Brücke)




Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Saterhaus; Gemeindefortschritt: Fr. Geyer; Revolution: Dr. John Schlotter; Solches und Sonstiges: Fritz Böhm; Anzeigen: Dr. Glöde; Ländlich in Berlin: Berlag: Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Buchvertrieb und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW, 68, Lindenstraße 2.

**8 Reklame-Tage!**

Einige Beispiele unserer enormen Leistungsfähigkeit!

<b>Herren-Ulster</b> Schlüpfer und Tüllform 58.- 45.-	<b>Herren-Anzüge</b> moderne halbare Stoffe 58.- 42.-	<b>Gummi- und Loden-Mäntel</b> 28.- 29.- 22.-	<b>17.50</b>
<b>Herren-Ulster</b> reinwollene Flauchstoffe 65.- 78.-	<b>Herren-Anzüge</b> dunkelgestreift und mitte farbig 75.- 68.-	<b>Gestr. Hosen und Sport-Breeches</b> 19.- 16.- 10.50 7.50	<b>4.75</b>
<b>Herren-Paletots</b> glatt und Gehrockform, marengo und schwarz 58.- 75.-	<b>Herren-Anzüge</b> Ersatz für Maß beste Verarbeitung, la Stoffe. 110.- 85.-	<b>Berufskleidung für alle Berufszweige</b>	

Maß-Anfertigung in eigener Werkstatt / Feinste Verarbeitung / Tadelloser Sitz

**S. Joseph, Schöneberg, Hauptstraße 1** **Ecke Grunewaldstraße**

**Gelegenheit**  
Reste f. Wintermäntel u. Kostüme: Sealplüsch, Samt, Krimmer.  
Futterseiden u. Halbseiden bedeutend unter Preis.  
**Haarpuder, Goltzstr. 2** (Grunewaldstraße)

Weberhandwagen, Eiterwagen, Rollstühle, Einzelteile, Korbell, Drehsender, Strake 68.

**Extra-Angebot**  
Briefmappen 3/5 mit Seidenfutter 100 Gm. 5.- b. 30.-  
Briefmappen in eleganter Ausführung 100 Gm. 5.- b. 35.-  
Briefkassetten 25/25 0.30 b. 1.50  
Briefumschläge 19/20 Gm. 20.- b. 24.-  
Geschäftskupons 100 Gm. 2.- b. 13.-  
Postkarten, Bütteln, sowie andere Sorten zu billigsten Preisen  
Oelgemälde jeder Art und Größe gerahmt und ungerahmt  
**Kunst-Verlag Emma Jansen**  
Borsierstraße 32a

**Pelz**  
**Kottbuser**  
**Stoffe** für  
**Sträße 5**  
Anzüge, Kostüme, Mäntel, Kleider, Seidenstoffe  
**Konfektion**  
Mäntel, Kostüme, Röcke  
Gut-Real-Billig!  
2% Rabatt für Mitglieder

**Strickwesten**  
u. Jacken 8/75 12.- 17.50, reine Wolle  
Ueber 500 Stk. v. d. kleinsten Kindergrößen zur größten Weite ständig a. Lager  
**Bleyes sämtl. Fabrikate** zu Originalpreisen.  
Bruno Richter & Co., Fabr.-Nidge, Thüring. Wollwaren - Bl.-Pankow  
Mühlenstr. 1, Ecke Breite Str.

**Stempelfabrik Robert Hedu**  
Inhaber: Alfred Scheller  
Berlin S. 42  
Ritter-Strasse 116  
liefert schnell und billig  
**alle Arten Stempel.**  
Tel.: Npt. 7254.

**Alles Spezialgeschäft**  
in  
**Ramelhaarschneiderei**  
Kleider, Deden, Tricotagen, Strickjaden, Strümpfen, Stries zu billigst. Tagespreisen.  
**Gebrüder Pflaum**  
Berlin SW.  
Friedrichstr. 205  
Ede Zimmerstr.

**DIE MÜDE HAND greift gern zur**  
**Frauenmilch**

30 PFENNIG DAS HETT MIT SCHNITTMUSTERBOGEN 40 PFG.

Zu beziehen durch die Botenfrauen sowie jede Ausgabestelle des „Vorwärts“

**Zähne 1 u. 2** G.-M. Teilzahlung  
gestartet b. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Betäub. 1 G.-M., b. Besteilg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis 3 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

**Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.**  
Vorzeiger 10% Rabatt.

**Fritz Reimann**  
Kaufmann, Fraienhofstr. 33  
die billige Bezugsquelle für  
Zahn-Drüsen  
Kleinfachstoffe jeder Art.  
2. Geschäft: Anzengruber-Strasse 27

**CURT GROTTWITZ**  
*Sonntage eines Großstädtlers in der Natur*  
Ganzleinen 2.25 Mark

Zu haben:  
**J. H. W. Dietz Nachf.**  
Lindstraße 2

**Gardinen**  
Sonderangeboten-Gelegentl.-Käufe in Resten Stores, Bettdecken, Madras- und Kissen Gardinen.  
Spezial-Gardinenwerkstatt  
Neukölln, Bergstr. 67  
am Ringbahnhof.

**Inserte im Vorwärts sichern Erfolg!**

**Unser Prinzip: Massenumsatz / Qualitätsware / Kleinster Nutzen**

**Unser erster Großer Reklame-Verkauf**  
Jeder Preis eine Sensation!

**Leinen- und Baumwollwaren**

Pollertücher	Stück	25 Pf.
Wischtücher kariert		35, 25 Pf.
Gerstenkornhandtücher abgepaßt		58 Pf.
Hemdenflanell		68, 48 Pf.
Tischdecken 110x110		1.95
Linon 80 cm breit		75 Pf.
Bettücher		3.95, 3.75

**Damen-Konfektion**

Blusen Jumper u Sportform	2.75 1.25	95 Pf.
Kostümrock aus praktischen Stoffen		2.75
Kleid aus reinwollenem Cheviot		5.75
Kleid aus schwerem Seidentrikot		8.75
Kleid aus reinwollenem Gabardine		8.90
Mantel aus molligem Flauchstoff		16.75
Mantel aus Flauch mit Peizkragen		19.75

**Trikotagen - Strümpfe**

Herrensocken farbig	Paar	38 Pf.
Damen-Handschuhe aus Trikot	Paar	65 Pf.
Herren-Handschuhe im Wildl.	Paar	95 Pf.
Herrenbeinkleid wollgem. alle Gr. Stück		1.95
Herrenhemd wollgemischt, alle Größen schwarz, vorst. Fore		2.45
Damenstrümpfe und Spitze	Paar	35 Pf.
Kinderstrümpfe schwarz u. braun Gr. 5-8		75, Gr. 1-4 50 Pf.

**Gardinen**

Scheibenschleier aus Tüll	50 Pf.
Etamine kariert, 150 breit	Meter 1.25
Engl. Tüll-Garnitur 3teilig zus.	3.75

**Wäsche - Schürzen**

Damenhemd mit Hoblaum	1.10
Dam.-Nachthemd m. Hobla-Garnitur	2.95
Hausschürze Sirellennuster Stück	98 Pf.

**Tapiserie**

Waschtisch-Garnitur gezeichnet, 5teil. zus.	75 Pf.
Weißer Bajazzokissen gezeichnet	85 Pf.
Bettwandschoner „Aida“	1.50

**Spitzen-Stickerien**

Klöppelspitze mit Kanten, 6 cm breit	22 Pf.
Gardinen-Motive Stück	30, 28 Pf.
Hemdenpassen reich gestickt	95 Pf.

**Kaufhaus Sternfeld Neukölln**  
Hermannstraße 210